

Waadtländer Polizei jagt Flüchtlingshelfer

Asylaktivisten beherbergen in Lausanne Asylsuchende, welche die Schweiz wegen des Dublin-Abkommens verlassen müssen. So bringen sie Flüchtlinge in nationale Asylverfahren. Diese Woche kam es zu Hausdurchsuchungen.

Philippe Reichen
Lausanne

Léonore Porchet lief der Polizei am Donnerstag direkt in die Arme. «Ich traf die Beamten um 6 Uhr morgens im Hauseingang. Sie fragten nach meinem Namen. Dann war klar: Sie suchten mich», schildert die Präsidentin der Lausanner Grünen den Vorfall. Die Polizisten hatten einen Durchsuchungsbefehl, beorderten sie zurück in ihre Wohnung, wo sie einen Asylsuchenden vermuteten. Der Mann hatte in einem anderen Staat einen Erstantrag gestellt. Gemäss Dublin-Abkommen wäre er illegal in der Schweiz und müsste dorthin zurück. «Bei mir war er nicht», sagt Porchet nur. Zur selben Zeit überraschte die Polizei Pierre Conscience, Sekretär der Linkspartei SolidaritéS Waadt. Dieser wohnt in einer WG, was die Polizisten gemäss Conscience nicht daran hinderte, auch die Schränke seiner Kollegen zu durchstöbern. Auch bei ihm fanden sie keinen Asylsuchenden. Porchet und Conscience sind verärgert. Sie bezichtigen die Polizei «gezielter Einschüchterungsversuche», nachdem zivile Polizisten jüngst Flüchtlinge auf dem Weg zu einer Benefizveranstaltung zugunsten von Flüchtlingen verhafteten.

Flüchtling ins Land geholt

Die Jungpolitiker sind Teil des 200 Personen zählenden Collectif R, das sich mit zivilem Ungehorsam gegen das Dublin-Abkommen und die Praxis der Rückschaffungen von Asylsuchenden in Länder wie Italien, Ungarn, Kroatien, Frankreich wehrt. Dort landeten sie häufig auf der Strasse und blieben ohne medizinische Versorgung, argumentiert das Kollektiv. Darum holten Aktivisten schon einen nach Italien weggeschafften Flüchtling zurück in die Schweiz.

Diesen Frühling ging das Kollektiv einen Schritt weiter. Es gründete eine Gruppe von Göttis und Gotten. Rund 25



Unter dem Schutz des Collectif R: Flüchtlinge in einem Vorlesungsraum an der Universität Lausanne. Foto: Laurent Gillieron (Keystone)

prominente Politiker, Künstler und Intellektuelle kümmern sich um sogenannte Dublin-Fälle. Auch Alt-Ständerat Luc Recordon (Grüne) und Alt-Nationalrat Jacques Neiryck (CVP) gehören zur Gruppe. Hat ein Götti einen Fall übernommen, meldet er dem kantonalen Amt für Bevölkerung und dem Asylzentrum, der Asylsuchende wohne bei ihm. Das kann, muss aber nicht so sein. Ein Götti sorgt vor allem dafür, dass die Behörden den Asylsuchenden nicht als «unterge-

taucht» registrieren. So steigt die Chance, dass er trotz Dublin-Abkommen in der Schweiz ein Asylverfahren bekommt. Wie das funktioniert, zeigt Asylspezialist Samuel Häberli vom Verein Freiplatzaktion Zürich an einem Beispiel: «Ein Flüchtling stellt in Italien ein Asylgesuch, reist in die Schweiz ein und bittet auch hier um Asyl. Also kontaktiert das Staatssekretariat für Migration (SEM) die italienischen Behörden, die das Erstgesuch in Italien bestätigen.» Die Schweiz hat ab

diesem Zeitpunkt gemäss Dublin-Abkommen sechs Monate Zeit, den Flüchtling nach Italien zu überstellen. Tue sie das nicht, müsse sie gemäss Abkommen das Asylgesuch selbst behandeln, so Häberli. Gilt die Person als untergetaucht, verlängert sich die Frist um 18 Monate - nicht automatisch zwar, aber wenn das SEM Italien den Fall meldet, was üblich ist.

Das Collectif R zielt darauf ab, dass es nie länger als sechs Monate dauert. Gemäss eigenen Angaben bringt das Kol-

lektiv Flüchtlinge während sechs Monaten so unter, dass die Behörden sie nicht als untergetaucht registrieren. Ein Mittel ist, Leute in Kirchenräumen unterzubringen, wo das Kirchenasyl gilt und der Zugriff der Polizei beschränkt ist. Läuft die Überstellungsfrist nach sechs Monaten ab, beendet das SEM das Dublin-Verfahren und eröffnet ein nationales Asylverfahren, das es wie ein Erstgesuch behandelt. Das Collectif R hat so laut eigenen Angaben in mehreren Dutzend Fällen Aufenthaltstitel bekommen.

Stève Maucci, Chef des kantonalen Amts für Bevölkerung, sagt über die Praktiken des Collectif R: «Es darf keine rechtsfreien Zonen geben.» Der Staats-

Das SEM hat wiederholt moniert, die Waadt würde das Dublin-Abkommen zu wenig konsequent umsetzen.

rat habe sich gegen ein Moratorium für Rückschaffungen ausgesprochen und dulde keine Ungleichbehandlung von Dublin-Fällen. Maucci bestätigt, die Justiz um die Hausdurchsuchungen bei Kollektiv-Mitgliedern ersucht zu haben, dementiert aber, auf Druck des Bundes zu handeln. Das SEM hatte wiederholt moniert, die Waadt setze das Dublin-Abkommen zu wenig konsequent um. Sprecherin Céline Kohlprath sagt: «Das SEM führt mit dem Kanton auf verschiedenen Stufen regelmässig Gespräche, um den Wegweisungsvollzug zu optimieren.» Zum Vorgehen des Collectif R bezog sie nicht direkt Stellung.

Das Collectif R will dem Druck standhalten. Léonore Porchet sagt: «Wir sind zu zivilem Ungehorsam bereit, weil wir das Dublin-Abkommen für eine Fehlkonstruktion halten und Flüchtlinge schützen wollen.»

Abstimmungsparen

Urnengang vom 25. September

Volksinitiative «AHV plus»

Die Initiative verlangt eine Erhöhung der Altersrenten der AHV um 10 Prozent. Die Minimalrente stiege um 118 auf 1293 Franken, die Maximalrente um 235 auf 2585 Franken und die Ehepaarrente um 353 auf 3878 Franken. Die Erhöhung kostet 4,1 Milliarden Franken im Jahr, wofür eine Erhöhung der Lohnabzüge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern um je 0,4 Prozentpunkte nötig wäre. Die Kosten wachsen wegen der steigenden Zahl der Rentner bis ins Jahr 2030 auf 5,5 Milliarden Franken. Lanciert wurde die Initiative von den Verbänden des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds.

Ja SP, Grüne, Piratenpartei, Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Nein SVP, CVP, FDP, GLP, BDP, EVP, EDU, Economiesuisse, Gewerbeverband

Nachrichtendienstgesetz

Mit dem Gesetz erhält der Nachrichtendienst des Bundes neue Instrumente. Dazu gehören die Überwachung von Post- und Internetverkehr, der Einsatz von Überwachungstechnologie an nicht öffentlichen Orten und das Eindringen in Computer. Die Massnahmen sind bewilligungspflichtig: vom Bundesver-

waltungsgericht und vom Vorsteher des Verteidigungsdepartements, der seine Kollegen im Aussen- und Justizdepartement fragen muss.

Ja SVP, CVP, FDP, BDP, EVP, EDU, Economiesuisse

Nein SP, Grüne, Piratenpartei, Digitale Gesellschaft, Syndicom

Stimmfreigabe GLP

Volksinitiative «Grüne Wirtschaft»

Das Volksbegehren der Grünen Partei fordert, dass sich der Bund das Ziel geben soll, die Umweltbelastung bis ins Jahr 2050 erheblich einzuschränken. Die Belastung wird mit dem ökologischen Fussabdruck berechnet. Diese Messmethode wurde von der Organisation Global Footprint Networks entwickelt. Demnach belastet die Schweiz die Erde heute - umgerechnet auf die gesamte Weltbevölkerung - mit 2,8 Erden. Das Ziel wäre 1 Erde. Um dies zu erreichen, soll der Staat Vorschriften erlassen, welche die Kreislaufwirtschaft fördern.

Ja SP, Grüne, GLP, EVP, Piratenpartei, Swissscleantech

Nein SVP, CVP, FDP, BDP, EDU, Hauseigentümergeverband, Economiesuisse, Gewerbeverband

Ammanns harziger Abgang

Der Machtkampf beim ACS hat ein Ende. Neu präsidiert SVP-Nationalrat Thomas Hurter den Verband. Seinen Vorgänger liessen die Delegierten aber auflaufen.

Martin Wilhelm

Eigentlich wäre es einfach gewesen: Der bei einer Mehrheit der Verbandssektionen in Ungnade gefallene ACS-Präsident Mathias Ammann sollte ohne Aufsehen abtreten. Auf Nachfrage sollte er «persönliche Gründe» für seinen Verzicht auf eine weitere Amtszeit nennen - so war es beschlossen. Doch im Juni machte Ammann die Querelen im Verband publik, liess Generaldirektor Stefan Holenstein suspendieren und boykottierte die Wahl seines designierten Nachfolgers, FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen. Gestern hatte Ammann an der ACS-Delegiertenversammlung in Langenthal nun seinen letzten Auftritt als Präsident - und sorgte nochmals für Unruhe.

Zum neuen ACS-Präsidenten wurde zwar wie von der bisherigen Spitze gewünscht der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter gekürt - mit 114 von 118 Stimmen. Die unzufriedenen Sektionen hatten nach Wasserfallens Rückzug darauf verzichtet, kurzfristig eine Gegenkandidatur aufzubauen und weitere rechtliche Auseinandersetzungen zu riskieren. Ansonsten stimmte eine Mehrheit der Delegierten aber konsequent gegen Ammann und das von ihm geleitete bisherige Direktionskomitee.

So lehnte eine Mehrheit der Delegierten die Jahresrechnung ab und verweigerte Ammann und dem Direktionskomitee global die Decharge. Die bisherigen Komiteemitglieder Luc Pittet und André von der Weid wurden abgewählt, die neu vorgeschlagenen SVP-Politiker Roland Borer (Alt-Nationalrat SO) und Andreas Blank (Grossrat BE) nicht ge-



Mathias Ammann. Thomas Hurter.

wählt. Eine Mehrheit von mehr als 70 Delegierten stützte hingegen die Zürcher Sektionspräsidentin Ruth Enzler, die Ammanns Abgang massgeblich angetrieben hatte.

Darüber hinaus musste Ammann auch bei seinem Vorgehen während der Delegiertenversammlung mehrere Niederlagen einstecken. So kündigte er zu Beginn an, die Veranstaltung aufzuzeichnen, wollte anschliessend ein von ihm in Auftrag gegebenes Gutachten der Revisionsgesellschaft BDO Visura präsentieren lassen, verlangte bei der - geheimen - Wahl des neuen Präsidenten eine Unterzeichnung der Wahlzettel von den Delegierten und kündigte an, die Wahl des Direktionskomitees geheim statt wie in den Statuten vorgesehen offen durchzuführen.

Hartnäckiger Widersacher

Ammanns hartnäckigster Gegenspieler Martin Buchli, Präsident der Sektion Graubünden, erzwang jedoch Abstimmungen über all diese Punkte, worauf eine Mehrheit der Delegierten sich gegen Ammann stellte. Buchli sagt, Ammann habe auf seine Interventionen hin die Anweisung gegeben, ihm keines der Saalmikrofone mehr zu reichen. Wie andere Anwesende bestätigten, ergriff Buchli für seine letzte Wortmeldung ein Mikrofon vom Rednerpult.

Ausser der SVP - Nationalrat Ulrich Giezendanner soll der Kopf hinter Hurters Kandidatur sein - hinterlässt der Machtkampf beim ACS praktisch nur Verlierer. So legte er zahlreiche Details

von Ammanns Amtsführung offen. Der von seinen Gegnern als «Sonnenkönig» betitelte Präsident tritt sich mit den Sektionen um die Offenlegung der Protokolle des Direktionskomitees, mit Generaldirektor Stefan Holenstein über die Modalitäten eines Vertrags mit Skifahrer Didier Cuche und mit Enzler über die Rolle des Führungsgremiums. Zudem wurde publik, dass Ammann mehr als doppelt so viel Spesen wie sein Vorgänger bezogen hatte - gestützt auf ein Spesenreglement, das gemäss einem Gutachten des Rechtsprofessors Tomas Poledna nicht ordnungsgemäss verabschiedet wurde und deshalb anfechtbar oder gar nichtig sein soll.

Zu den Verlierern zählen aber auch der an Ammanns Absetzung beteiligte Holenstein, der sich wie Ersterer Klagen und Strafanzeigen ausgesetzt sieht, sowie die ACS-Sektionen, denen die Kontrolle über ihr Zentralorgan offensichtlich entglitten war. Der ganze ACS hat neben dem Imageschaden zwar bisher keinen Mitgliederschwind zu beklagen - wohl aber politische Inaktivität und kostspielige Rechtsstreitigkeiten. Hurter will sich zu diesen nicht äussern. Das Geschehene könne man nicht vergessen machen, aber möglichst optimal regeln.

Ebenso wenig kommentiert der Berufspilot die Amtsführung seines Vorgängers. Er kündigt jedoch an, strukturelle Fragen zu prüfen, und sagt: «Es ist wie in einem Cockpit: Man kann zu zweit darin sitzen, doch können am Ende nicht zwei dasselbe machen.» An sich und das Direktionskomitee habe er den Anspruch, nun als Team in die Zukunft zu gehen.

Der Bündner Sektionspräsident Buchli zeigt sich hingegen weiterhin enttäuscht über den Rückzug von Christian Wasserfallen. «Er wäre heute glanzvoll bestätigt worden.» Doch leider sei Wasserfallen einer «billigen Medienkampagne» des «Blicks» zum Opfer gefallen. «Es kann doch nicht sein, dass der ACS Spielball der Politik wird.»

Anzeige



Doris Bänziger (60),
Siebnen SZ, Arztssekretärin

**Ich habe gerechnet!
Die AHV muss vor allem wegen
der Frauen gestärkt werden:
Viele erhalten nur eine AHV-
Rente. Deshalb sage ich klar JA**

zu AHV plus ja

Stimmen Sie am 25. September

«Allianz für eine starke AHV», PL 3000 2016 23